

## OeNB REPORTS

# WIRTSCHAFTSPROGNOSE FÜR ÖSTERREICH

Dezember 2024

Industrieschwäche  
und Konsum-  
zurückhaltung  
dämpfen  
Wirtschafts-  
aussichten



# Industrieschwäche und Konsumzurückhaltung dämpfen Wachstumsaussichten

## Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2024 bis 2027 vom Dezember 2024

Mathias Moser, Doris Prammer, Martin Schneider, Richard Sellner, Alfred Stiglbauer  
und Klaus Vondra<sup>1</sup>

Die österreichische Wirtschaft befindet sich derzeit in einer schwierigen Situation. Die Industrie steht vor vielfältigen Herausforderungen. Die schwache internationale Konjunktur, der Strukturwandel in der europäischen Automobilindustrie und die hohen Energie- und Lohnkosten setzen den exponierten Branchen stark zu und haben 2024 zu einem Rückgang der Exporte geführt. Die Investitionen leiden unter dem Anstieg der Finanzierungskosten und negativen Absatzerwartungen. Die Wohnbauinvestitionen wurden zusätzlich durch das Auslaufen des Wohnbauzyklus gedämpft und sind zwei Jahre in Folge geschrumpft. Gleichzeitig ist die Verunsicherung der Konsument:innen weiterhin sehr hoch, sodass der private Konsum trotz starker Reallohnzuwächse gesunken ist, während es zu einem starken Anstieg der Sparquote kam. Das reale BIP wird 2024 daher um 0,9 % sinken, der zweite Rückgang in Folge (2023: -0,8 %). Die Konjunkturindikatoren zeigen derzeit eine Bodenbildung, liefern aber keine Signale für einen unmittelbar bevorstehenden Aufschwung. Für das Jahr 2025 wird dementsprechend mit einer nur schwachen Erholung des realen BIP um 0,8 % gerechnet. Erst für die Jahre 2026 und 2027 wird mit einer stärkeren zyklischen Erholung gerechnet. Das BIP-Wachstum wird sich auf 1,6 % bzw. 1,3 % beschleunigen.

Angesichts der Konjunkturschwäche erwies sich der Arbeitsmarkt als sehr robust. Die Unternehmen haben angesichts der Erfahrungen mit der Arbeitskräfteknappheit der letzten Jahre die Beschäftigung im Jahr 2024 gehalten. Gemeinsam mit einem nur schwachen Wachstum des Arbeitskräfteangebots aufgrund der demografischen Entwicklung ist die Arbeitslosigkeit nur relativ moderat gestiegen. 2025 wird die Arbeitslosigkeit aber weiter steigen. Die konjunkturelle Erholung wird erst ab 2026 kräftig genug sein, um die Arbeitslosigkeit wieder sinken zu lassen.

Die österreichische HVPI-Inflation hat sich im Jahr 2024 mit 2,9 % gegenüber 2023 (7,7 %) um mehr als die Hälfte verringert. Dies ist vor allem auf die rückläufigen Energie-

preise, aber auch auf eine geringe Inflation bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln und von Industriegütern ohne Energie zurückzuführen. Die Dienstleistungsinflation blieb im Jahr 2024 aufgrund der dynamischen Lohnentwicklung hoch (5,7 %). Die Inflation wird in den Folgejahren 2025 bis 2027 deutlich auf 2,4 %, 2,2 % bzw. 2,0 % zurückgehen.

Tabelle 1

### Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Dezember 2024

	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt	-0,9	0,8	1,6	1,3
Hamonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	2,9	2,4	2,2	2,0
Arbeitslosenquote gemäß AMS (in %)	7,0	7,4	7,1	6,9
Budgetsaldo	-3,7	-4,1	-3,6	-3,6
Öffentlicher Schuldenstand	81,8	82,6	83,4	84,2

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, [mathias.moser@oebn.at](mailto:mathias.moser@oebn.at), [doris.prammer@oebn.at](mailto:doris.prammer@oebn.at), [richard.sellner@oebn.at](mailto:richard.sellner@oebn.at), [martin.schneider@oebn.at](mailto:martin.schneider@oebn.at), [alfred.stiglbauer@oebn.at](mailto:alfred.stiglbauer@oebn.at), und [klaus.vondra@oebn.at](mailto:klaus.vondra@oebn.at). Unter Mitarbeit von Gerhard Fenz, Birgit Niessner und Beate Resch. Die Prognose basiert auf Daten bis zum 4. Dezember 2024.

Anfang 2025 verhindern das Auslaufen energiepolitischer Maßnahmen und die nach der Aussetzung der Gebührenanpassung im Jahr 2024 wieder steigenden Gebühren einen stärkeren Rückgang der Inflation. Der Inflationsunterschied zum Euroraum reduziert sich deutlich und wird bis zum Jahr 2027 verschwinden.

Der öffentliche Budgetsaldo verschlechterte sich 2024 auf  $-3,7\%$  des BIP, nachdem er 2023 noch bei  $-2,6\%$  gelegen war. Im Jahr 2025 wird sich das Defizit mit  $4,1\%$  weiter verschlechtern. Dies ist in erster Linie auf die Anpassung von Pensionen und öffentlichen Gehältern aufgrund der hohen Inflation 2023 und das schlechte makroökonomische Umfeld, aber auch auf höhere Ausgaben im Rahmen der grünen Transformation und der Verkehrswende zurückzuführen.

Die Prognose basiert auf einer No-policy-change-Annahme, nach der nur bereits beschlossene oder hinreichend konkretisierte Politikmaßnahmen berücksichtigt werden. Dies stellt in der aktuellen Situation aus zwei Gründen ein substantielles Abwärtsrisiko für die Wachstumsprognose dar. Erstens verlangen die europäischen Fiskalregeln von der neuen österreichischen Regierung angesichts der hohen Defizite spürbare Konsolidierungsbemühungen. Die daraus resultierenden negativen Wachstumseffekte hängen von der Höhe und der konkreten Ausgestaltung der Konsolidierung ab. In einem von uns berechneten Konsolidierungsszenario wird das BIP-Wachstum in den Jahren 2025 bis 2027 um  $0,4$  Prozentpunkte (2025) bzw. jeweils  $0,3$  Prozentpunkte (2026 und 2027) niedriger ausfallen als in der Prognose. Zweitens stellen die vom designierten US-Präsidenten Donald Trump angekündigten Importzölle ein Risiko dar. Modellsimulationen der Zölle (inkl. Gegenzöllen) der US-Handelspartner lassen für das Jahr 2025 BIP-Effekte für Österreich in der Höhe von  $-0,1$  bis  $-0,3\%$  erwarten. Die Inflation dürfte in einem solchen Szenario nur leicht steigen ( $+0,1$  Prozentpunkte). Die mittelfristigen Effekte sind aufgrund der vielen Unwägbarkeiten (Reaktion der US-Geldpolitik relativ zum Euroraum, Umlenkung chinesischer Überproduktion nach Europa, Produktionsverlagerungen etc.) kaum einschätzbar. Ein Aufwärtsrisiko stellt ein rascherer Rückgang der Sparquote auf den historischen Durchschnitt von  $9,5\%$  (2000–2019) dar. Die damit einhergehende stärkere Konsumententwicklung würde das jährliche Wachstum 2025-2027 um etwa  $0,2$  Prozentpunkte erhöhen. Berücksichtigt man noch die geopolitischen Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten, so sind die Risiken für das BIP-Wachstum in Summe jedoch deutlich nach unten gerichtet, vor allem im Jahr 2025. Die Risiken für die Inflation erscheinen im Vergleich dazu deutlich geringer, sind mehrheitlich jedoch nach oben gerichtet.

## I. Schwache internationale Konjunktur und sinkende Wettbewerbsfähigkeit dämpfen Exportwachstum

Das außenwirtschaftliche Umfeld Österreichs bleibt das zweite Jahr in Folge schwach. Obwohl sich der Welthandel bereits 2024 deutlich erholen wird, wachsen die österreichischen Exportmärkte nur sehr verhalten. So wird die Wirtschaftsleistung unseres größten Handelspartners Deutschland 2024 leicht sinken, 2025 stagnieren und erst 2026 wieder zulegen. Auch im Euroraum insgesamt und in den restlichen EU-Länder erholt sich das Wachstum nur schrittweise. Im Gegensatz dazu wird die US-Wirtschaft weiterhin kräftig wachsen. Die Prognose des Eurosystems geht für die US-Wirtschaft von einem Wachstum von  $2,8\%$  (2024),  $2,2\%$  (2025) bzw.  $1,8\%$  (2026 und 2027) aus. Insgesamt erholt sich damit das Wachstum der österreichischen Exportmärkte von  $0,8\%$  (2024) auf  $2,5\%$  (2025) bzw.  $3,1\%$  (2026 und 2027). Die realen Güter- und Dienstleistungsexporte Österreichs sind in den ersten drei Quartalen 2024 gegenüber dem Vorjahr um  $4,4\%$  gefallen. Für das vierte Quartal signalisiert der auf Lkw-Fahrleistungsdaten basierende OeNB-Exportindikator einen Zuwachs von  $0,4\%$  gegenüber dem Vorquartal.

Damit dürften die Exporte im Gesamtjahr 2024 um 3,9 % fallen. Daraus ergibt sich ein Verlust von Exportmarktanteilen von 4,7 % gegenüber 2022. Neben der schwachen Entwicklung der ausländischen Nachfrage dürften auch der Verlust preislicher Wettbewerbsfähigkeit um 5,3 % (relativ zu 2022) eine Rolle spielen. So sind die Lohnstückkosten Österreichs in den letzten zwei Jahren mit in Summe 18,3 % um 6,9 Prozentpunkte stärker angestiegen als im Euroraum. Im restlichen Prognosezeitraum wird das Wachstum der Lohnstückkosten dann etwas unterhalb jenem des Euroraums liegen. Mit dem etwa 3 % niedrigeren Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar wird die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem US-Markt nur leicht abgedämpft. Die österreichischen Unternehmen schätzen ihre Wettbewerbsposition innerhalb und außerhalb der EU weiterhin äußerst unvorteilhaft ein. Daher wird mit einem weiteren Rückgang der Marktanteile im restlichen Prognosehorizont gerechnet. Für die realen Waren- und Dienstleistungsexporte prognostizieren wir ein Wachstum von 1,3 % (2025), 2,5 % (2026) und 2,4 % (2027). Um den Rückgang der Gewinnmargen der letzten zwei Jahre etwas zu kompensieren wird erwartet, dass die Preise der österreichischen Exporteure im Prognosehorizont etwas stärker als die Preise der Wettbewerber wachsen werden.

Der deutliche Rückgang der importintensiven Nachfragekomponenten (Exporte: -3,9 %; Investitionen: -2,8%) lässt 2024 auch die realen Importe von Waren und Dienstleistungen fallen (-3 %). Danach wachsen die Importe anteilig der prognostizierten Entwicklung der Nachfragekomponenten folgend mit 2,3 % (2025), 2,6 % (2026) bzw. 2,2 % (2027). Die Importpreise wachsen den Importpreisen der Wettbewerber folgend. Daraus ergibt sich ein Leistungsbilanzsaldo von 1,9 % (2024), 2,0 % (2025), 2,3 % (2026) bzw. 2,5 % (2027) in Prozent des nominellen BIP.

Die durch die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten bereits erhöhte Unsicherheit wird im Prognosehorizont weiter zunehmen. Als größtes Risiko ist die Möglichkeit eines weltweiten Handelskrieges – ausgelöst durch die vom designierten US-Präsidenten Donald Trump angekündigten Importzölle – zu nennen (siehe Kasten 1).

Tabelle 2

## Außenhandel und Leistungsbilanz

	2024	2025	2026	2027
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
Exporte insgesamt	-3,9	1,3	2,5	2,4
Importe insgesamt	-3,0	2,3	2,6	2,2
	<i>in % des nominellen BIP</i>			
Leistungsbilanz	1,9	2,0	2,3	2,5

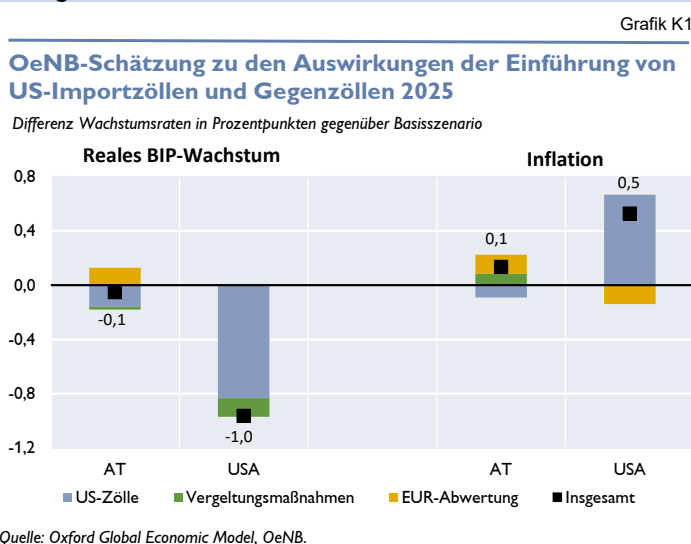
Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

## Auswirkungen von US-Importzöllen auf Wachstum und Inflation in Österreich<sup>2</sup>

Neben der Fortführung von Steuererleichterungen und der Abschiebung von Migrant:innen ohne Aufenthaltsgenehmigung stellt die Einführung von Importzöllen eines der zentralen Wahlversprechen des designierten US-Präsidenten Donald Trump dar. Im Wahlkampf sprach er von Importzöllen in Höhe von mindestens 60 % auf Waren aus China und 10 % auf Waren aller anderen Länder. Nach der Wahl verlautbarte Trump Ende November 2024 hingegen die Einführung von Zöllen in der Höhe von 25 % gegenüber Kanada und Mexiko sowie 10 % gegenüber China, bereits vom ersten Tag seiner Präsidentschaft an. Da es sich bei diesen Androhungen um eine reine Verhandlungstaktik den Handelspartnern gegenüber handeln könnte und auch noch keine detailliertere Ausgestaltung der Zölle vorliegt, sind diese nicht in der Prognose inkludiert, sondern werden als Risiko behandelt. In diesem Kasten werden die Auswirkungen dieser Zölle auf das BIP-Wachstum und die Inflation in Österreich und den USA mittels des Oxford Global Economic Models (GEM)<sup>3</sup> und des makroökonomischen Modells der OeNB (Austrian Quarterly Model – AQM) simuliert.

Zu Vergleichszwecken implementieren wir – wie in den meisten bisherigen Studien dazu – US-Güterzölle in der Höhe von 60 % auf Waren aus China sowie von 10 % auf Waren aus allen anderen Ländern. Die betroffenen Länder verhängen annahmegemäß gleich hohe Vergeltungszölle gemäß dem WTO-Regelwerk. Die Einführung von US-Importzöllen reduziert die Nachfrage nach den Währungen der betroffenen US-Handelspartner und führt so direkt zu einer Aufwertung des US-Dollars. Seit der US-Wahl am 5. November 2024 hat der US-Dollar um 3 % (Stand 27. November 2024) aufgewertet. Aufgrund der zu erwartenden Reaktion der Geldpolitik der betroffenen Länder wird es mit Einführung der Zölle zu weiteren Wechselkursänderungen kommen. Basierend auf den Ergebnissen von Jeanne und Son (2024) erwarten wir insgesamt einen Wechselkursschock von 5 % – dies entspricht etwa dem geschätzten Wechselkurseffekt einer effektiven US-Zollerhöhung von rund 15 Prozentpunkten. Die Zölle werden in dieser Simulation nicht unmittelbar zu Amtsbeginn von Donald Trump (am 20. Jänner 2025) eingeführt<sup>4</sup>, sondern treten im Laufe des Frühjahres 2025 (Anfang April) in Kraft. Damit wird dem zu erwarteten Verhandlungsprozess Rechnung getragen. Die hier simulierten Zollerhöhungen stellen aus derzeitiger Sicht die obere zu erwartende Höhe dar.

In der Simulation führen US-Importzölle direkt zu einem Rückgang der Exporte, der Investitionen und des privaten Konsums, sowohl in den USA wie auch bei den US-Handelspartnern.



<sup>2</sup> Unter Mitarbeit von Wolfgang Lechthaler und Clara De Luigi (beide Oesterreichische Nationalbank, Referat International Economics).

<sup>3</sup> Das Oxford-Modell ist ein umfangreiches semi-strukturelles Modell, welches kurzfristig nachfrage- und langfristig angebotsgetrieben ist. Zwischen den 85 inkludierten Ländern bestehen Wechselwirkungen über Handel, Preise, Wechselkurse und Zinssätze. Im Gegensatz zu den gängigen, statischen Handelsmodellen (wie z. B. Felbermayr et al., 2024) werden im Oxford-Modell keine detaillierten bilateralen Handelsbeziehungen und Input-Output-Verknüpfungen abgebildet. In der vorliegenden Simulation wurde im Oxford-Modell die geldpolitische Reaktionsfunktion ausgeschaltet, da die geldpolitische Reaktion im Modell für die USA als unplausibel erachtet wurde. Die Folgen der zu erwartenden geldpolitischen Reaktion wurden daher mittels eines Wechselkursschocks im AQM simuliert.

<sup>4</sup> Eine zeitnahe Einführung von Zöllen wäre aus juristischer Sicht via des Emergency Economic Powers Act möglich. Dafür müsste ein nationaler Ausnahmezustand erklärt werden. Auf dieses Gesetz hatte sich Präsident Nixon 1971 gestützt, als er flankierend zum Ende der USD-Goldbindung Importzölle in Höhe von 10 % einfuhrte.

Dadurch sinkt die Produktionsauslastung und dämpft damit auch etwas den Inflationsdruck, der sich zunächst über die Zölle in den USA aufgebaut hat. Die unterstellten Vergeltungszölle verstärken den BIP-Rückgang in den USA und wirken bei den US-Handelspartnern inflationstreibend und wachstumsdämpfend. Die zu erwartende Euro-Abwertung gegenüber dem US-Dollar erhöht hingegen die Inflation im Euroraum über steigende Importpreise und stimuliert das Wirtschaftswachstum über niedrigere Exportpreise. In unserer Simulation (siehe Abbildung K1) zeigt sich für die USA im Jahr 2025 ein klar negativer BIP-Effekt (−1,0 %) und ein deutlicher Anstieg der Inflation (+0,5 Prozentpunkte). Dies ist zum überwiegenden Teil auf die US-Importzölle zurückzuführen; die Vergeltungszölle der US-Handelspartner verstärken diese Effekte aufgrund der geringen Handelsoffenheit der USA nur geringfügig. Die Aufwertung des US-Dollars hat aufgrund der geringen Bedeutung der Exporte nur einen minimalen Effekt auf das BIP der USA, dämpft aber den Inflationseffekt etwas. Im Gegensatz zu den USA verringert die Einführung der US-Importzölle – selbst wenn diese von Gegenzöllen begleitet werden – das Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahr 2025 mit −0,1 Prozentpunkten nur geringfügig. Die Euroabwertung dämpft den direkten Zolleffekt von −0,2 Prozentpunkten. Wir erwarten für Österreich 2025 einen geringfügig positiven Inflationseffekt von 0,1 Prozentpunkten.

Die Effekte von US-Importzöllen wurden unmittelbar nach der US-Wahl von einer Vielzahl von Studien (siehe Literaturliste am Ende des Kastens)

auf Grundlage unterschiedlicher Modelle simuliert. Zumeist wird von einem Zoll auf Importe aus China in der Höhe von 60 % und 10 % auf die restlichen Importe sowie von Vergeltungszöllen ausgegangen. Der BIP-Effekt für die USA schwankt in diesen Studien zwischen −0,4 Prozentpunkten und −1,7 Prozentpunkten. Der stärkste BIP-Effekt für Österreich (bzw. Deutschland, falls keine Ergebnisse für Österreich simuliert wurden) liegt bei −0,2 Prozentpunkten bis −0,3 Prozentpunkten. Inflationseffekte wurden bisher nur von Mc Kibbin et al. (2024) berechnet.

Tabelle K1

**Ergebnisse anderer Studien (für 2025 oder die kurze Frist)**

Veränderung zur Baseline in Prozentpunkten		BIP		Inflation	
Autor:innen	Modell	US	AT (DE)	US	AT (DE)
OeNB (2024)	Oxford Global Economic Model und AQM	−1,0	−0,1	0,5	0,1
Felbermayr et al. (2024)	KITE-modell	−1,7	−0,2	-	-
Mc Kibbin et al. (2024)	G-Cubed	−0,4	(−0,17)	2,0	(−0,1)
Obst et al. (2024)	Oxford Global Economic Model	−1,3	(−0,3)	-	-
Saussay (2024)	Baqae and Farhi (multinational semistructural model)	−0,7	(−0,25)	-	-

Quelle: eigene Zusammenstellung.

Die mittelfristigen Entwicklungen sind selbst mit so großen Modellen schwer vorherzusagen. Dies liegt daran, dass für die USA ein negativer BIP-Effekt bei gleichzeitig höherer Inflation erwartet wird. Der Inflationseffekt dürfte rascher einsetzen, da Zölle unmittelbar auf Preise wirken, der BIP-Effekt mit Verzögerung. Der negative BIP-Effekt verringert in weiterer Folge die Inflation. Der Ölpreis würde im Fall einer tiefen US-Rezession ebenso fallen und die Inflation weiter dämpfen. Die Reaktion der Federal Reserve kann sowohl restriktiv (kurzfristig) wie auch expansiv (mittelfristig) ausfallen. Andere Länder wären vermutlich zu einer weniger starken Veränderung der Geldpolitik gezwungen. Dies wirkt in weiterer Folge auf die Wechselkurse, die dann wiederum mit Zeitverzögerung Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und den Außenhandel haben.

#### **Literatur:**

**Felbermayr, G., J. Hinz und R. J. Langhammer. 2024.** *US Trade Policy After 2024: What Is at Stake for Europe?* Kiel Policy Brief No. 178, Oktober.

**Jeanne, O. und J. Son. 2024.** *To what extend are tariffs offset by exchange rates?* In: *Journal of International Money and Finance* 142 (2024) 103015.

**McKibbin, W. J., M. Hogan und M. Noland. 2024.** *The International Economic Implications of a Second Trump Presidency.* Working Paper 24–20, Peterson Institute for International Economics.

**Obst, T., S. Sultan und J. Matthes. 2024.** *Was droht den transatlantischen Handelsbeziehungen unter Trump 2.0?* IW-Report 42/2024.

**Saussay, A. 2024.** *The economic impacts of Trump's tariff proposals on Europe.* Policy insight, Grantham Research Institute on Climate change and the Environment.

## 2. Anhaltende Probleme der Industrie dämpfen Erholung der Investitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen sind in den Jahren 2023 und 2024 um insgesamt 5,8 % gesunken. Während der Rückgang im Jahr 2023 von den Bauinvestitionen verursacht wurde, trugen im Jahr 2024 auch die Ausrüstungsinvestitionen dazu bei.

Die schlechte Lage der Industrie spiegelt sich in den Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen wider. Aufgrund der stark gestiegenen Kostenbelastung durch die Energiepreisanstiege und die hohen Lohnzuwächse in

Verbindung mit gestiegenen Finanzierungskosten und einer schwachen Auslandsnachfrage haben die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit spürbar gedrosselt. Die steigenden Insolvenzzahlen verdeutlichen die aktuell schwierige Lage vieler Unternehmen.

Die Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft bei österreichischen Banken (Bank Lending Survey) zeigen seit der zweiten Jahreshälfte 2022 einen Rückgang der Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Dies wird von den Banken vor allem mit einem rückläufigen Finanzierungsbedarf der Unternehmen für Anlageinvestitionen begründet. Aufgrund der derzeit hohen geopolitischen Unsicherheiten wird kurzfristig mit einem weiteren leichten Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen gerechnet, bevor die der Prognose zugrunde liegende leichte Erholung der Auslandsnachfrage ab Mitte 2025 zu einem Anstieg der Investitionstätigkeit führen wird.

Die Wohnbauinvestitionen stellen die Investitionskomponente mit dem stärksten Rückgang dar. Sie begannen bereits zur Jahresmitte 2022 aufgrund der gestiegenen Finanzierungskosten, dem Auslaufen des Wohnbauzyklus und der konjunkturellen Schwäche zu sinken. Dies bereits seit dem Jahr 2020 rückläufigen Baubewilligungen signalisieren außerdem das Auslaufen eines zuvor ausgeprägten Wohnbauzyklus. Im Jahr 2023 beschleunigte sich der Rückgang und setzte sich 2024 fort. Die Wohnbauinvestitionen lagen 2024 um 19 % unter dem Wert von 2022. Der Tiefpunkt im Wohnbau dürfte zur Jahresmitte 2024 erreicht worden sein. Im dritten Quartal 2024 schrumpften die Wohnbauinvestitionen im Vergleich zum Vorquartal nicht mehr weiter. Gleichzeitig hellt sich die Stimmung der Hochbauunternehmen auf. Sowohl die Bautätigkeit der letzten drei Monate wie auch der Auftragsbestand werden nicht mehr so negativ eingeschätzt wie noch vor einigen Monaten. Der [Bank Lending Survey vom Oktober 2024](#) zeigt für das dritte und vierte Quartal aufgrund der etwas gesunkenen Zinsen eine wieder leicht anziehende Nachfrage nach privaten Wohnbaukrediten. In der Prognose wird daher von einer im Jahr 2025 einsetzenden leichten Erholung im Wohnbau ausgegangen. Es wird jedoch nicht damit gerechnet, dass die Bauinvestitionen eine starke Dynamik entwickeln. Dem stehen die aufgrund der sinkenden Inflation steigenden Realzinsen sowie ein hohes Wohnungsangebot aufgrund der starken Bauleistung der letzten Jahre entgegen. Die Nicht-Wohnbauinvestitionen sind in den Jahren 2023 und 2024 ebenfalls gesunken, jedoch deutlich geringer als die Wohnbauinvestitionen. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung stellen die Investitionskomponente mit den höchsten Wachstumsraten in den letzten beiden Jahrzehnten dar. Sie zeigen sich auch derzeit sehr robust und sind 2024 gestiegen.

In Summe erwartet die OeNB für 2024 einen weiteren Rückgang der Gesamtinvestitionen um 2,8 %. Die Erholung der Jahre 2025 bis 2027 wird mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,5 % p. a. sehr moderat ausfallen.

Tabelle 3

Investitionen	2024	2025	2026	2027
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (real)	-2,8	1,5	1,9	1,1
Ausrüstungsinvestitionen	-4,4	-0,3	1,2	0,8
Investitionen in Forschung und Entwicklung	2,5	1,7	3,0	2,3
Wohnbauinvestitionen	-8,0	3,0	2,6	0,9
Nicht-Wohnbauinvestitionen und andere Investitionen	-0,5	1,8	1,1	0,4

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

### 3. Rückgang der Arbeitslosigkeit ab 2026 – Lohnwachstum schwächt sich ab

Die anhaltende Rezession führt schon seit Anfang 2023 zu einem zwar langsamen, aber kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich. Obwohl das reale Wirtschaftswachstum 2025 wieder leicht positiv sein wird, nimmt die Arbeitslosenquote gemäß AMS-Definition 2025 im Vergleich zum heurigen Jahr noch leicht zu und wird einen Wert von 7,4 % erreichen (Tabelle 4). Erst 2026 und 2027 führt der weitere konjunkturelle Aufschwung zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7,1 % bzw. 6,9 %. Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat erreicht ebenfalls 2025 mit 5,3 % ihren Höhepunkt und sinkt im letzten Jahr des Prognosehorizonts auf 5,0 %. Die Anzahl geleisteter Arbeitsstunden erholt sich 2025 nach einem Einbruch um 1,9 % im Jahr 2024 wieder leicht.

Für das Jahr 2026 wird mit einem starken Anstieg um 1,0 % gerechnet. Auch das Wachstum der beschäftigten Personen, welches 2024 mit +0,1 % beinahe stagnierte, nimmt ab 2025 wieder zu und erreicht 2026 mit 1,0 % seinen Höhepunkt.

Die Kollektivvertragsabschlüsse in den letzten Wochen signalisieren bereits einen deutlichen Rückgang des Tariflohnwachstums von 8,5 % im Jahr 2024 auf 3,4 % im nächsten Jahr. Dazu gehören die durch den Zweijahres-Abschluss in den

Metallersektoren vom Herbst 2023 resultierende Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,8 % (Ist-Löhne; Mindestlöhne: 3,8 %) ab November 2024 und die im Jänner 2025 in Kraft tretenden Erhöhungen der Gehälter im öffentlichen Dienst um 3,5 % sowie für die Handelsangestellten um 3,3 %. Tendenziell folgen die KV-Abschlüsse weiterhin (verzögert) der Inflationsrate, jedoch kam es im öffentlichen Dienst und im Handel ebenfalls zu Zweijahres-Abschlüssen, bei denen die Gehaltssteigerungen für das kommende Jahr etwas unterhalb der rollierenden Inflation ausfallen, dafür aber 2026 entsprechend darüber. Das Tariflohnwachstum wird bis 2027 auf 2,4 % sinken, was etwa dem langjährigen Durchschnitt (1995 bis 2022) entspricht. Die Arbeitnehmerentgelte je beschäftigter Person entwickeln sich 2024 nur leicht schwächer als die Tariflöhne. Im Jahr 2025 rechnen wir aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit und des Rückgangs der geleisteten Arbeitsstunden im Jahr 2024 mit einer stärker negativen Lohndrift.

Tabelle 4

#### Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung

	2024	2025	2026	2027
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Gesamtbeschäftigung (Personen)	0,1	0,5	1,0	0,6
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	-1,9	0,3	1,0	0,5
<b>Arbeitnehmerentgelte je beschäftigter Person</b>	Veränderung zum Vorjahr in %			
Kollektivvertragslöhne <sup>1</sup>	8,5	3,4	2,6	2,4
Lohndrift	-0,3	-0,9	0,0	0,2
Brutto <sup>2</sup> , nominell	8,3	2,5	2,5	2,6
HVPI-Inflationsrate	2,9	2,4	2,2	2,0
Brutto <sup>2</sup> , real (HVPI)	5,2	0,1	0,3	0,6
Netto <sup>3</sup> , real (HVPI)	5,2	-0,5	0,0	0,6
<b>Arbeitslosenquote</b>	in % des Arbeitskräfteangebots			
gemäß Eurostat	5,2	5,3	5,1	5,0
gemäß AMS	7,0	7,4	7,1	6,9

<sup>1</sup> Gesamtwirtschaft. <sup>2</sup> Inkl. Dienstgeberbeiträgen.

<sup>3</sup> Nach Abzug von Steuern und SV-Beiträgen.

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.



## 4. Anhaltende Konsumzurückhaltung im Jahr 2024 trotz starker Realeinkommenszuwächse

Die österreichischen Haushalte haben 2024 einen starken Anstieg ihrer Nettoeinkommen erlebt. Dies ist in erster Linie auf die verzögerte Anpassung von Löhnen und Pensionen infolge des Inflationsschocks – 2023 lag die HVPI-Inflation bei 7,7 % – zurückzuführen. Dazu kamen hohe Einmalzahlungen zur Abfederung der Energiepreisanstiege (z. B. Klimabonus). Die sonstigen Einkommen (vor allem Vermögenseinkommen) sind gesunken. In Summe betrug der Zuwachs der Nettoeinkommen 2024 3,1 %. Gleichzeitig kam es zu einem Rückgang im privaten Konsum. Dies ist zumindest teilweise als Folge der COVID-19-Pandemie zu sehen. Während der Pandemie stiegen die Ausgaben für Möbel und andere Einrichtungsgegenstände stark an und befinden sich seitdem auf einem Abwärtstrend. Im ersten Halbjahr 2024 fielen der reale Konsum von Gastronomieleistungen infolge der starken Preisanstiege in diesem Bereich sowie der Konsum von Verkehrsdienstleistungen. Der Konsum von Dienstleistungen war ebenfalls leicht rückläufig. Die gegenläufige Entwicklung von Einkommen und Konsum führte zu einem starken Anstieg der Sparquote. In Kasten 2 werden die Ursachen dieser Entwicklung genauer beleuchtet.

Im Jahr 2025 werden aufgrund der 2024 bereits deutlich gesunkenen Inflation die Reallohnzuwächse und die realen Transferleistungen schwächer zunehmen, was zu einer Abschwächung des Wachstums der realen Nettoeinkommen führt. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit einem Rückgang der Unsicherheit aufgrund der rückläufigen Inflationsraten, was zu einer Beschleunigung im Konsumwachstum und einem Rückgang der Sparquote führen wird. In den Jahren 2026 und 2027 wird das Einkommenswachstum vor allem vom erwarteten Beschäftigungswachstum getragen, die Beiträge der Reallohnzuwächse werden abnehmen. Da für diese beiden Jahre mit einer Beschleunigung des Konsumwachstums gerechnet wird, wird sich der Rückgang der Sparquote fortsetzen. Am Ende des Prognosehorizonts wird diese mit 10,3 % jedoch über dem Durchschnitt der letzten beiden Jahrzehnte liegen. Ein weiterer Rückgang auf den historischen Durchschnitt 2000–2019 von 9,5 % würde zusätzliche Wachstumsimpuls (etwa +0,2 Prozentpunkte p. a. 2025–2027) bringen und stellt ein Aufwärtsrisiko für die Prognose dar.

Grafik 1

### Beiträge zum Wachstum des real verfügbaren Nettohaushaltseinkommens

Veränderung zum Vorjahr in % (netto, real), Prozentpunkte

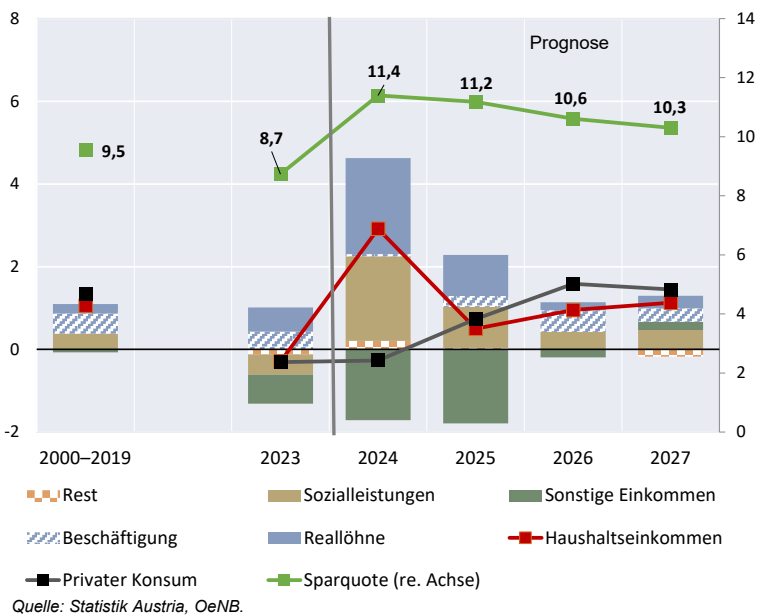


Tabelle 5

### Reale Haushaltseinkommen und privater Konsum

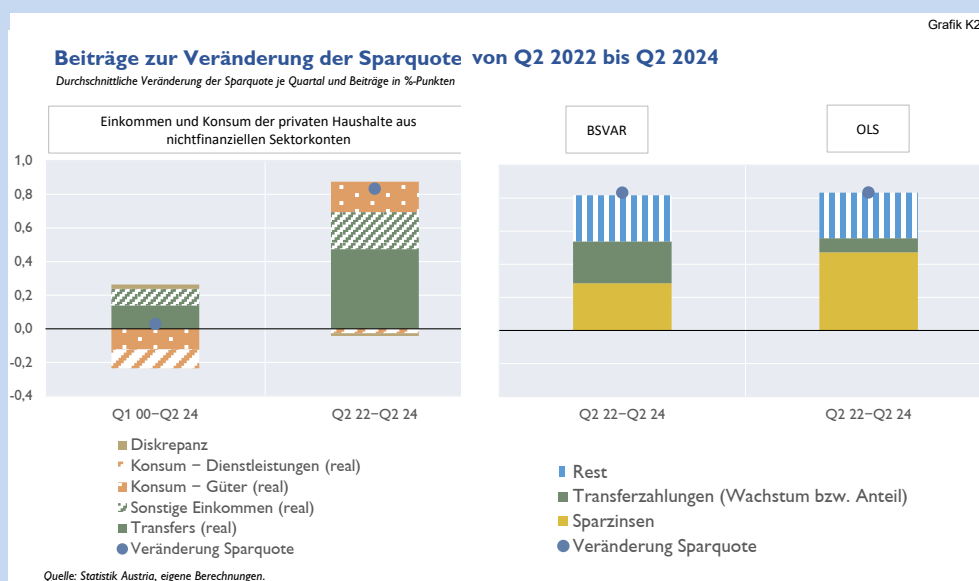
	2024	2025	2026	2027
Veränderung zum Vorjahr in %				
Verfügbares Haushaltseinkommen, real	3,1	0,5	1,0	1,1
Privater Konsum, real	-0,3	0,7	1,6	1,4
in % des verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	11,4	11,2	10,6	10,3

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

Ein weiterer Rückgang auf den historischen Durchschnitt 2000–2019 von 9,5 % würde zusätzliche Wachstumsimpuls (etwa +0,2 Prozentpunkte p. a. 2025–2027) bringen und stellt ein Aufwärtsrisiko für die Prognose dar.

## Anstieg der Sparquote in den letzten beiden Jahren durch Teuerungsausgleiche, Spätfolgen der COVID-19-Pandemie und Zinsanstiege bestimmt

Im Zeitraum zwischen dem zweiten Quartal 2022 und dem zweiten Quartal 2024 war ein starker Anstieg der Sparquote der privaten Haushalte um 6,7 Prozentpunkte von 6,1 % auf 12,8 % zu beobachten. In diesem Kasten diskutieren wir die Ursachen dieses starken Anstiegs. Die zweite Säule im linken Teil von Grafik K2 zeigt eine Zerlegung der durchschnittlichen Veränderung der Sparquote in diesem Zeitraum pro Quartal in die Beiträge der realen Einkommen und des realen Konsums. Wir haben die Einkommen unterteilt in Transfereinkommen und sonstige Einkommen. Der Konsum wurde in Konsum von Gütern und Dienstleistungen unterteilt. Im langfristigen Durchschnitt (seit dem ersten Quartal 2000) üben die steigenden Realeinkommen einen positiven Beitrag aus, während das reale Konsumwachstum die Sparquote dämpft (erste Säule von Grafik K2). Im aktuellen Zeitraum (zweites Quartal 2022 bis zum zweiten Quartal 2024) zeigt sich ein abweichendes Bild. Der Anstieg der Sparquote ist sowohl vom Wachstum der realen Einkommen – allen voran die staatlichen Transferzahlungen an die Haushalte zur Abfederung der Energiepreisanstiege – getrieben, wie auch von einem schwachen realen Konsum. Die realen Dienstleistungen sind in dem Zeitraum nur leicht (um 1,0 %) gestiegen, während der reale Güterkonsum um 3,9 % gesunken ist und damit zu einer höheren Sparquote führt. Dies ist durch langlebige Konsumgüter getrieben, die um 7,2 % gesunken sind. Diese Entwicklung ist eine Folge der COVID-19-Pandemie. Während der Lockdowns kam es zu einem sprunghaften Anstieg des Konsums von Haushaltseinrichtungsgegenständen (COICOP<sup>5-6</sup>). Seit dem Ende der Pandemie weist diese Konsumgütergruppe einen rückläufigen Trend auf. Der reale Konsum von Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen ist seit dem zweiten Quartal 2022 infolge der starken Preisanstiege um 3,3 % gesunken. Jahresdaten für den Konsum nach COICOP-Gütergruppen bis 2023 zeigen, dass dies auf einen rückläufigen Konsum in der Gastronomie zurückzuführen ist, während der Konsum von Beherbergungsdienstleistungen gestiegen ist. Rückläufig entwickelten sich infolge der Teuerungen auch die Ausgaben für Bekleidung und Nahrungsmittel.



Um die Effekte weiterer möglicher Determinanten der Sparquote zu analysieren, haben wir eine Reihe von OLS-Gleichungen wie auch Bayesianische strukturelle vektorautoregressive Modelle (BSVAR) mit stochastischer Volatilität geschätzt. Die in Grafik K2 dargestellten Ergebnisse für die BSVAR-Schätzung entstammen einem block-exogenen, über Cholesky-Zerlegung identifizierten BSVAR mit folgenden Variablen in absteigender Reihenfolge der Exogenität: Zinssatz, Wachstum der Fluggäste (COVID-19-Mobilitätsschocks), Wachstum der realen Transferzahlungen, die von den Konsument:innen erwartete Arbeitslosigkeit, reales BIP-Wachstum und Sparquote. Die Ergebnisse des BSVAR zeigen, dass jeweils ein Drittel des Anstiegs der Sparquote auf den Zinsanstieg bzw. höhere Transferzahlungen zurückzuführen ist. Die OLS-Gleichung mit dem besten Erklärungsgehalt für die Sparquote beinhaltet den Zinssatz für Spareinlagen und den Anteil von staatlichen

<sup>5</sup> COICOP: Classification of Individual Consumption by Purpose.

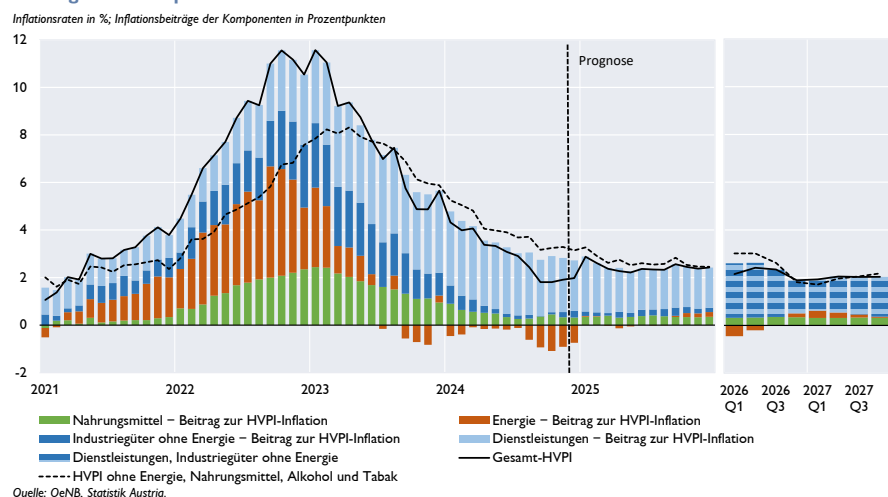
Transferzahlungen am gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen. Die Schätzergebnisse zeigen, dass die durch die Zinsanstiege erhöhte Attraktivität des Sparens den wichtigsten Erklärungsfaktor für den Anstieg der Sparquote darstellt. Die Transferzahlungen – die von den Haushalten als nicht permanent wahrgenommen wurden – erklären einen kleineren, aber nicht irrelevanten Anteil. Ein Drittel des Anstiegs bleibt unerklärt. Weitere Erklärungsfaktoren, die nicht in den Modellen enthalten sind bzw. statistisch nicht signifikant sind, sind in erster Linie das Vorsichtssparen aufgrund der hohen Unsicherheit sowie die durch die hohe Inflation verursachten realen Vermögensverluste.

## 5. Weiterer Rückgang der Inflationsrate – allerdings mit kurzer Unterbrechung zu Jahresbeginn 2025

Die OeNB prognostiziert in ihrer aktuellen Inflationsprognose einen Rückgang der HVPI-Inflationsrate von 7,7 % im Jahr 2023 auf 2,9 % im Jahr 2024. Im letzten Drittel des Jahres 2024 erreichte die Inflationsrate bereits wieder das EZB-Ziel von 2,0 %. Anfang 2025 steigt die Inflationsrate wieder, da das Auslaufen fiskalischer Unterstützungsmaßnahmen zu höheren Haushaltsenergiepreisen führt.

Dies verlangsamt den Rückgang der Inflationsrate, die 2025 bei voraussichtlich 2,4 % liegt, bevor sie 2027 das EZB-Ziel von 2,0 % erreichen wird. Die Kerninflationsrate (HVPI-Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel) liegt fast im gesamten Prognosezeitraum über der HVPI-Inflationsrate, erreicht 2027 jedoch ebenfalls 2,0 %. Damit nähern sich sowohl die Gesamtinflation als auch die Kerninflationsrate am Ende des Prognosehorizonts ihren langfristigen Durchschnittswerten an (von 2011 bis 2019: 1,9 %

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation



bzw. 2,0 %). Der Rückgang der Inflationsrate im Jahr 2024 geht auf alle Hauptkomponenten des HVPI zurück. Die Preise für Energieprodukte sanken im zweiten Halbjahr sogar, und die Inflationsraten in anderen Kategorien gingen deutlich zurück. Die Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie liegt nun unter ihrem langjährigen Durchschnitt bei 0,5 %.

Auch die Dienstleistungsinflation sank seit Januar 2024 um fast 2 Prozentpunkte auf 4,9 %, ist aber stets mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtinflation. Bei den Dienstleistungen verhindert die dynamische Lohnkostenentwicklung einen stärkeren Rückgang der Inflationsrate.

Fiskalische Maßnahmen beeinflussen vor allem die Energie- und die Dienstleistungsinflation. Anfang 2025 wird das Auslaufen fiskalpolitischer Maßnahmen (Strompreisbremse), die Wiedereinführung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe sowie der Erneuerbarenpauschale, die Erhöhung

der Netzentgelte sowie die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises die HVPI-Inflationsrate um etwa 0,7 Prozentpunkte anheben.<sup>6</sup> Besonders spürbar sind diese Maßnahmen bei Strom, dessen Preis durchschnittlich um mehr als 35 % steigen wird. Auch der Gaspreis wird aufgrund der fiskalischen Maßnahmen steigen, allerdings um weniger als 10 %. Damit ist der Gaspreis in Österreich 2025 noch 2,3-mal so hoch wie

## Inflation

	2024	2025	2026	2027	Revision zu September 2024		
					2024	2025	2026
	Veränderung zum Vorjahr in				in Prozentpunkten		
HVPI-Inflation	2,9	2,4	2,2	2,0	0,0	0,1	0,0
Nahrungsmittel insgesamt	2,9	2,3	2,2	2,1	0,0	-0,3	0,2
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	0,7	1,9	x	x	0,5	0,6	x
davon verarbeitete Nahrungsmittel	3,3	2,4	x	x	-0,1	-0,5	x
Industriegüter ohne Energie	1,0	0,8	x	x	0,0	0,4	x
Energie	-5,6	-0,3	-1,5	2,2	0,1	0,8	-3,2
Dienstleistungen	5,7	3,7	x	x	0,0	0,0	x
HVPI ohne Energie	3,7	2,6	2,5	2,0	0,0	0,0	0,3
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	3,9	2,7	2,6	2,0	0,0	0,1	0,4

Quelle: OeNB-Prognosen vom Dezember 2024 und September 2024.

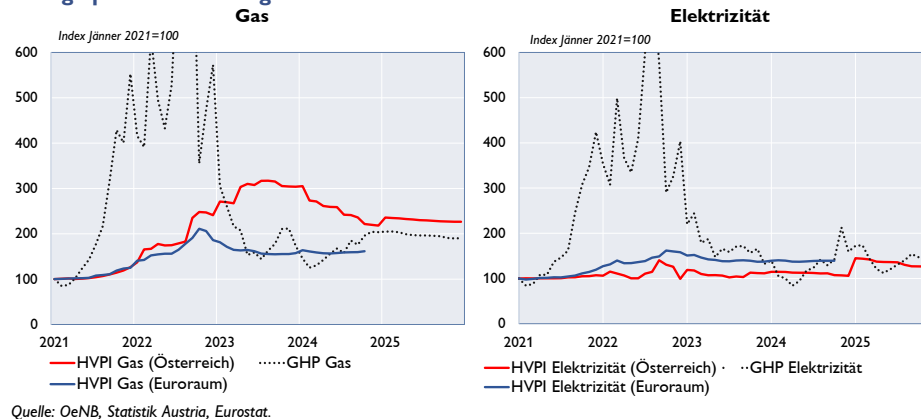
vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Im Euroraumdurchschnitt liegt der Gaspreis schon seit längerem beim 1,6-Fachen des Ausgangspreises 2021. Die nach der Aussetzung der Gebührenanpassung 2024 im Jahr 2025 wieder steigenden Gebühren (z. B.: Klimaticket, Parkscheine in Wien) werden die Dienstleistungsinflation 2025 leicht erhöhen.

Im Vergleich zum September 2024 hat die OeNB die Prognose für die Gesamtinflationsrate für 2024 und 2026 nicht verändert, aber für 2025 geringfügig nach oben revidiert (Tabelle 6). Bei den Hauptkomponenten des HVPI kommt es 2025 und 2026 zu Verschiebungen. Die Inflationsprognose für Energie wurde für 2025 aufgrund der stärkeren Auswirkungen der fiskalischen Maßnahmen nach oben angepasst. Für 2026 wurde sie nach unten korrigiert, da sinkende durchschnittlichen

## Energiepreisentwicklungen

Grafik 3

Haushaltsenergiepreise für Strom und Gas erwartet werden, die auch durch einen aktiveren Anbieterwechsel der Haushalte erreicht werden. Die Anpassungen bei Industriegütern ohne Energie (Aufwärtsrevision) und Nahrungsmitteln (Abwärtsrevision) basieren auf vergangenen Prognosefehlern – beide Aggregate nähern sich nun bereits 2025 ihrem langjährigen Durchschnitt.



Haushaltsenergie-

preise für Strom und Gas erwartet werden, die auch durch einen aktiveren Anbieterwechsel der Haushalte erreicht werden. Die Anpassungen bei Industriegütern ohne Energie (Aufwärtsrevision) und Nahrungsmitteln (Abwärtsrevision) basieren auf vergangenen Prognosefehlern – beide Aggregate nähern sich nun bereits 2025 ihrem langjährigen Durchschnitt.

Die Inflationsprognose ist mit Aufwärtsrisiken behaftet. Geopolitische Spannungen, insbesondere die angekündigten US-Zölle und Vergeltungszölle der US-Handelspartner (siehe Kasten 1), sowie die Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas könnten zu einem höheren Preisdruck als prognostiziert führen. Auch eine stärkere und schnellere Erholung der Inlandsnachfrage würde die Inflation anheizen.

Die Inflationsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraumdurchschnitt betrug im Jahresdurchschnitt 2023 2,3 Prozentpunkte. Im bisherigen Jahresdurchschnitt 2024 (einschließlich November) lag sie bei 0,6 Prozentpunkten und damit bei ihrem langjährigen Durchschnitt.

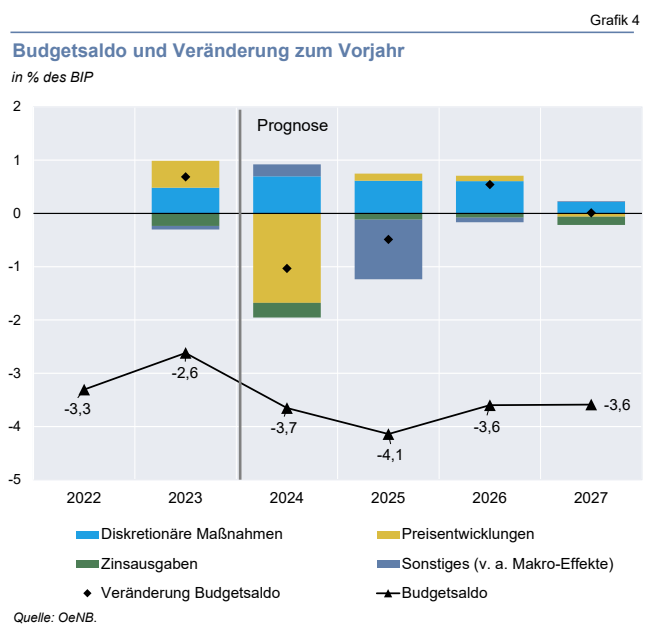
<sup>6</sup> In diese Berechnung sind nur direkte Effekte einbezogen.

Seit Oktober liegt Österreichs Inflationsrate sogar unter jener des Euroraums. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Auch der Inflationsabstand bei den Dienstleistungen hat sich im Jahresverlauf verringert; allerdings bleibt die Dienstleistungsinflation über den gesamten Prognosehorizont über jener des Euroraums. Durch das Auslaufen der fiskalischen Maßnahmen wird die Inflationsdifferenz im Energiebereich im Jahr 2025 wieder ansteigen, weil in den meisten anderen Euroraumländern die preissenkenden Maßnahmen bereits Anfang bzw. Mitte 2024 ausliefen. Die europaweite Einführung von ETS 2 – einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Treibstoffe und Haushaltsenergie – wird dazu führen, dass die Energiepreise in Österreich 2027 nicht so stark wie im Euroraum steigen werden, da Österreich bereits 2022 eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung eingeführt hat. Deshalb und wegen der rückläufigen Dienstleistungsinflation in Österreich wird 2027 Österreichs Inflationsrate jener des Euroraums entsprechen.

## 6. Öffentliche Finanzen: Österreich verfehlt Maastricht-Grenzwerte deutlich

Die aktuelle Fiskalprognose zeigt eine weitere Verschlechterung der öffentlichen Finanzen gegenüber dem Vorjahr. Wir erwarten für 2024 ein Defizit von 3,7 % des BIP (2023: 2,6 %) und 2025 mit 4,1 % das höchste Defizit seit 2021. Gegen Ende des Prognosehorizonts zeigt sich eine leichte Verbesserung und anschließende Stabilisierung des Defizits auf hohem Niveau von 3,6 %.

Grafik 4 stellt die Prognose des Budgetsaldos (schwarze Linie) sowie die jeweilige Veränderung zum Vorjahr (schwarze Rauten) und die Beiträge (Balken) dar. Es zeigt sich, dass das Auslaufen diverser diskretionärer Inflations- bzw. Energiemaßnahmen über den gesamten Zeitraum defizitverringern wirkt (blaue Balken). Gegenläufig entwickeln sich die Zinsausgaben, die über den gesamten Horizont einen defiziterhöhenden Beitrag leisten (grün). Die steigenden Zinsausgaben lassen sich auf zwei Gründe zurückführen: Zum einen das hohe Primärdefizit, das jährlich höhere Schuldenaufnahmen und damit Zinszahlungen bedingt. Zum anderen laufen weiterhin niedrig verzinsten Staatsschuldenpapiere aus: Sie müssen zu schlechteren Konditionen refinanziert werden. Aktuell wirkt der Inflationsschock mit einiger Verzögerung merklich auf die Staatsfinanzen (ockerfarbene Balken). Dieser „Preiseffekt“ war im Jahr 2023 noch defizitensenkend, weil unter anderem die Pensionsanpassungen unter dem Wachstum des BIP-Deflators erfolgten. Im Jahr 2024 wurden sowohl die Pensionen als auch die öffentlichen Gehälter um etwa 9,5 % angepasst, was deutlich über dem Wachstum des BIP-Deflators liegt. Während sich die Einnahmen 2024 noch stabil entwickeln, führt das schlechte makroökonomische Umfeld 2025 zu dämpfenden Effekten. Hinzu kommen sonstige Effekte – vorrangig höhere Ausgaben etwa im Rahmen der grünen Transformation und der Verkehrswende.



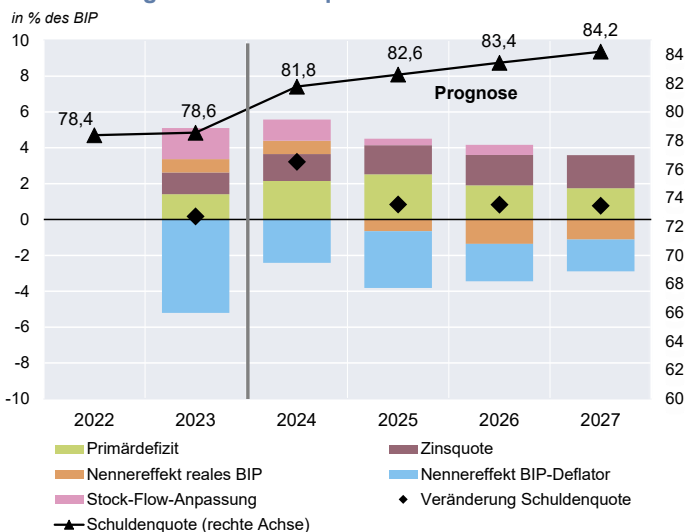
Diese Effekte spiegeln sich auch in der Schuldenquote wider (Grafik 5): Während sich diese nach dem sprunghaften Anstieg in den Corona-Krisenjahren im Jahr 2023 auf dem Vorjahresniveau stabilisierte, ist über den Prognosehorizont wiederum ein dynamischer Anstieg

zu erwarten. Die aktuelle Fiskalprognose der OeNB geht von einem Schuldenstand von rund 82 % im Jahr 2024 aus, der bis 2027 auf knapp über 84 % des BIP anwächst. Auch hier zeigen sich die Effekte der hohen Primärdefizite (grüne Balken) und der steigenden Zinszahlungen (rote Balken) die vom geringen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes nicht ausgeglichen werden („Nennereffekt“, blaue und orange Balken).

Die aktuelle OeNB-Prognose basiert auf einer No-policy-change-Annahme, die nur hinreichend konkrete Politikmaßnahmen berücksichtigt.

Der prognostizierte Budgetsaldo stellt somit ein Ceteris-paribus-Szenario dar. Aktuell liegen jedoch sowohl der erwartete Budgetsaldo als auch die Schuldenquote über den gesamten Zeitraum deutlich über den Maastricht-Referenzwerten von -3 % bzw. 60 %. Dies impliziert für die kommenden Jahre ein teils beträchtliches Konsolidierungserfordernis, womit das Defizit geringer ausfallen würde als von uns prognostiziert. Das trifft speziell auf das fiskalisch schwierige Jahr 2025 zu, in dem das prognostizierte Defizit die 4 %-Marke überschreitet. Da jedoch die Erhöhungen von öffentlichen Löhnen sowie Pensionen für das kommende Jahr bereits festgelegt wurden, stehen viele „große Hebel“ für die Defizitreduktion kurzfristig nicht mehr zur Verfügung. Weiters findet die Konsolidierung in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld statt, sodass sich auch merkliche negative Wachstumseffekte einstellen können (siehe Kasten 3).

Veränderung der Schuldenquote



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

### Wachstumseffekte eines wahrscheinlichen Konsolidierungspakets

Die europäischen Fiskalregeln haben in den letzten Jahren eine bedeutende Transformation durchlaufen. Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) wurde nach intensiven Debatten und Verhandlungen im Februar 2024 vom Europäischen Parlament verabschiedet. Die neuen Regeln traten im Frühjahr 2024 in Kraft. Sie beinhalten weiterhin die bekannten Defizit- und Schuldenkriterien von 3 % bzw. 60 % des BIP. Wesentliche Änderungen umfassen speziell mittelfristige Fiskalstrukturpläne sowie einen mehrjährigen Referenzpfad, der das Nettoausgabenwachstum über einen 4- bzw. 7-Jahreshorizont begrenzt.

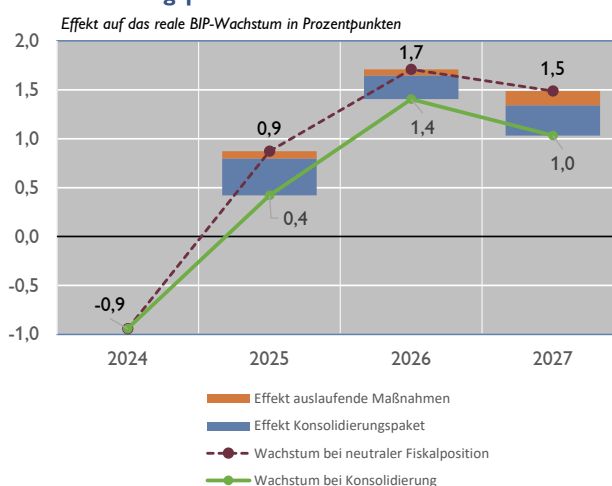
Für Österreich ergibt sich basierend auf unserer Prognose ein substanzieller Konsolidierungsbedarf, wobei dieser im Jahr 2025 aufgrund des hohen erwarteten Defizits von 4,1 % besonders groß ausfallen dürfte. Wir unterstellen für die folgende Szenarioanalyse ein Konsolidierungserfordernis von 0,9 Prozentpunkten des Bruttoinlandsproduktes für 2025 (ca. 4,6 Mrd EUR), das sich speziell aus der starken Verschlechterung des strukturellen Primärsaldos in diesem Jahr ergibt. Für die Jahre 2026–2027, in denen unter einer No-policy-change-Annahme der strukturelle Primärsaldo annähernd konstant bleibt, nehmen wir ein wahrscheinliches Mindesterfordernis von 0,5 Prozentpunkten an.

Die Wachstumseffekte eines solchen Konsolidierungspfades bestimmen sich primär dadurch, über welche Kategorien die notwendige Defizitreduktion erfolgt: Während öffentlicher Konsum und Investitionen vergleichsweise hohe Wachstumseffekte auslösen, sind diese bei Unternehmensförderungen, sowie direkten und indirekten Steuern deutlich geringer. Wir unterstellen eine Konsolidierung mit einem durchschnittlichen Multiplikator von ca. 0,4. Dieser Wert ergibt sich speziell aus der Annahme, dass der öffentliche Konsum aufgrund des Ausgabendrucks in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege unterdurchschnittlich zur Konsolidierung beiträgt. Ausgehend von einem fiktiven No-policy-change-Wachstum von 0,9 % (2025) wirkt das bereits geplante Auslaufen vieler Energiemaßnahmen bereits wachstumsdämpfend mit einem Beitrag von ca. 0,1 Prozentpunkt pro Jahr. Dieser Effekt ist in der aktuellen Prognose bereits enthalten und drückt das Wachstum auf den prognostizierten Wert von 0,8 % im Jahr 2025. Zusätzlich könnten die besonders umfangreichen Konsolidierungsmaßnahmen im Jahr 2025 das Wachstum um weitere 0,4 Prozentpunkte bremsen und damit fast die Hälfte des für dieses Jahr erwarteten BIP-Anstiegs neutralisieren. Auch in den Folgejahren belaufen sich die kumulierten Wachstumseffekte in dieser Simulation auf etwa 0,3 Prozentpunkte pro Jahr.

Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Sanierung des öffentlichen Haushalts ist unbestritten. Da ein solches Konsolidierungspaket jedoch auf eine weiterhin schwächelnde Konjunktur trifft, sollten zwei Punkte besonders beachtet werden: erstens eine wachstumsfreundliche Umsetzung unter Berücksichtigung von Budgetkategorien mit niedrigen Multiplikatoren. Zweitens sollte versucht werden, das Zusammentreffen von schwacher Konjunktur und hohem Sparbedarf im Jahr 2025 durch eine Glättung des Konsolidierungsbedarfs mit dem fiskalisch weniger herausfordernden Jahr 2026 zu bewältigen.

Grafik K3

#### Wachstumseffekte eines wahrscheinlichen Konsolidierungspakets



## 7. Tabellenanhang

Tabelle A1

### Hauptergebnisse der Prognose

	Dezember 2024				Revisionen zu Juni 2024		
	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026
<b>Wirtschaftliche Aktivität</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>						
Bruttoinlandsprodukt	-0,9	0,8	1,6	1,3	-1,3	-1,0	0,1
Privater Konsum	-0,3	0,7	1,6	1,4	-1,8	-1,4	0,0
Öffentlicher Konsum	0,7	1,1	1,2	0,7	0,8	0,1	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-2,8	1,5	1,9	1,1	-0,9	-1,6	-0,8
Exporte gesamt	-3,9	1,3	2,5	2,4	-5,4	-1,4	-0,4
Importe insgesamt	-3,0	2,3	2,6	2,2	-4,5	-0,9	-0,7
	<i>in % des nominellen BIP</i>						
Leistungsbilanzsaldo	1,9	2,0	2,3	2,5	-1,0	-1,1	-0,8
<b>Wachstumsbeiträge (importbereinigt)<sup>1</sup></b>	<i>in Prozentpunkten</i>						
Privater Konsum	0,0	0,2	0,5	0,5	-0,4	-0,5	0,1
Öffentlicher Konsum	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,0	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	-0,3	0,2	0,3	0,1	0,0	-0,2	-0,1
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	-0,2	0,6	1,0	0,7	-0,2	-0,7	0,1
Exporte	-1,1	0,3	0,6	0,6	-1,3	-0,4	0,0
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	0,3	-0,1	0,0	0,0	0,4	-0,1	0,0
<b>Preise</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,9	2,4	2,2	2,0	-0,5	-0,3	-0,4
Deflator des privaten Konsums	2,9	1,8	2,2	2,1	-0,9	-0,6	-0,1
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	3,1	3,9	2,5	2,1	-2,5	0,8	0,1
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	9,4	2,2	1,8	1,8	1,7	-1,1	-0,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer:in	8,3	2,5	2,5	2,6	0,6	-1,7	-0,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde	10,8	2,6	2,5	2,7	3,2	-1,8	-0,5
Importpreise	-1,6	2,1	2,1	2,1	-1,6	-0,2	-0,1
Exportpreise	1,9	3,1	2,7	2,3	-0,5	0,4	0,4
Terns-of-Trade	3,6	1,0	0,6	0,1	1,1	0,6	0,4
<b>Einkommen und Sparen</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
Real verfügbares Haushaltseinkommen	3,1	0,5	1,0	1,1	0,1	-1,9	-0,2
	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>						
Sparquote	11,4	11,2	10,6	10,3	1,1	0,7	0,5
<b>Arbeitsmarkt</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
Unselbstständig Beschäftigte	0,2	0,5	1,0	0,7	-0,3	-0,5	0,0
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer:innen)	-2,1	0,4	1,1	0,5	-2,6	-0,3	0,2
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>						
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,2	5,3	5,1	5,0	-0,1	0,1	0,1
Arbeitslosenquote gemäß AMS	7,0	7,4	7,1	6,9	0,3	0,9	0,8
<b>Budget</b>	<i>in % des nominellen BIP</i>						
Budgetsaldo (Maastricht)	-3,7	-4,1	-3,6	-3,6	-0,5	-0,9	-0,6
Staatsverschuldung	81,8	82,6	83,4	84,2	4,4	5,0	5,3

Quelle: OeNB-Prognosen vom Dezember 2024 und Juni 2024.

<sup>1</sup> Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.



Tabelle A2

## Internationale Rahmenbedingungen der Prognose

	2024	2025	2026	2027
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	Veränderung zum Vorjahr in % (real)			
Welt ohne Euroraum	3,4	3,5	3,3	3,2
USA	2,8	2,2	1,8	1,8
China	4,9	4,7	3,9	3,8
Indien	6,8	6,6	6,6	6,6
Japan	-0,1	1,5	0,8	0,8
Lateinamerika	1,9	2,6	2,6	2,6
Vereinigtes Königreich	0,9	1,6	1,7	1,4
Neue EU-Mitgliedstaaten <sup>1</sup>	3,8	2,1	2,0	1,9
Schweiz	1,5	1,3	1,5	1,6
Euroraum <sup>2</sup>	0,7	1,1	1,4	1,3
<b>Welthandel (Importe i. w. S.)</b>	Veränderung zum Vorjahr in % (real)			
Welt	3,0	3,3	3,3	3,2
Welt außerhalb des Euroraums	4,0	3,6	3,3	3,2
Wachstum der Exportmärkte des Euroraums (real)	3,1	3,5	3,3	3,2
Wachstum der österreichischen Exportmärkte (real)	1,1	2,5	3,1	3,1
<b>Preise</b>				
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	81,8	71,8	70,1	69,2
Drei-Monats-Zinssatz in %	3,6	2,1	2,0	2,2
Langfristiger Zinssatz in %	2,9	2,9	3,0	3,1
USD/EUR-Wechselkurs	1,08	1,06	1,06	1,06
Nominell-effektiver Wechselkurs des Euro (Euroraum-Index)	124,2	123,5	123,5	123,5

Quelle: Eurosystem (December 2024 Broad Macroeconomic Projection Exercise).

<sup>1</sup> Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.

<sup>2</sup> Dezember-Projektion 2024 des Eurosystems.

Tabelle A3

## Außenhandel

	2024	2025	2026	2027
<b>Exporte</b>	Veränderung zum Vorjahr in %			
Internationale Wettbewerberpreise	0,2	2,0	2,2	2,0
Exportdeflator	1,9	3,1	2,7	2,3
Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit	-1,7	-1,1	-0,5	-0,2
Nachfrage auf öst. Exportmärkten	0,8	2,5	3,1	3,1
Österreichische Exporte i. w. S. (real)	-3,9	1,3	2,5	2,4
Marktanteile Österreichs	-4,6	-1,2	-0,6	-0,7
<b>Importe</b>	Veränderung zum Vorjahr in %			
Internationale Wettbewerberpreise	0,4	1,8	2,2	2,1
Importdeflator	-1,6	2,1	2,1	2,1
Österreichische Importe i. w. S. (real)	-3,0	2,3	2,6	2,2
Terms-of-Trade	3,6	1,0	0,6	0,1
Beiträge der Nettoexporte zum BIP-Wachstum	in Prozentpunkten des realen BIP			
	-0,7	-0,5	0,1	0,2
	in % des nominellen BIP			
Exportquote	57,1	57,0	57,6	58,2
Importquote	53,5	53,5	53,7	54,2

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

Tabelle A4

## Leistungsbilanz

	2024	2025	2026	2027
	in % des nominellen BIP			
Handelsbilanz	2,9	2,9	3,3	3,5
Güterbilanz	0,8	0,7	0,9	1,0
Dienstleistungsbilanz	2,2	2,2	2,4	2,5
Primäreinkommensbilanz <sup>1</sup>	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Sekundäreinkommensbilanz <sup>2</sup>	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8
Leistungsbilanz	1,9	2,0	2,3	2,5

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

<sup>1</sup> Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Arbeitsentgelte, Einkommen aus Vermögensanlagen u. a.).

<sup>2</sup> Bilanz der laufenden Transfers.

Tabelle A5

## Einkommen und Konsum der privaten Haushalte

	2024	2025	2026	2027
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Unselbstständig Beschäftigte	0,2	0,5	1,0	0,7
Löhne je beschäftigter Person	8,3	2,5	2,5	2,6
Arbeitnehmerentgelt	8,5	3,0	3,6	3,3
Vermögenseinkommen	-19,1	-6,5	-2,0	5,6
Selbstständigeneink. und Betriebsüberschüsse	1,4	1,7	4,8	2,5
	Beiträge zum Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens in Prozentpunkten			
Arbeitnehmerentgelt	7,4	2,7	3,2	3,0
Vermögenseinkommen	-1,8	-0,5	-0,1	0,3
Selbstständigeneink. und Betriebsüberschüsse	0,2	0,2	0,7	0,4
Nettotransfers abzüglich direkter Steuern <sup>1</sup>	0,3	0,3	-0,5	-0,4
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Verfügbares Haushaltseinkommen (nominal)	6,1	2,4	3,2	3,2
Konsumdeflator	2,9	1,8	2,2	2,1
Verfügbares Haushaltseinkommen (real)	3,1	0,5	1,0	1,1
Privater Konsum (real)	-0,3	0,7	1,6	1,4
	in % des verfügbaren Haushaltseinkommens			
Sparquote	11,4	11,2	10,6	10,3

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

<sup>1</sup> Negative Werte bedeuten eine Zunahme der (negativen) Nettotransfers abzüglich direkter Steuern, positive Werte eine Abnahme.

Tabelle A6

## Investitionen

	2024	2025	2026	2027
	Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Bruttoanlageinvestitionen (real)</b>	-2,8	1,5	1,9	1,1
davon:				
Ausrüstungsinvestitionen	-4,4	-0,3	1,2	0,8
Wohnbauinvestitionen	-8,0	3,0	2,6	0,9
Tiefbau- und andere Investitionen	-0,5	1,8	1,1	0,4
Investitionen in Forschung und Entwicklung	2,5	1,7	3,0	2,3
Öffentliche Investitionen	-1,7	0,6	1,0	1,0
Private Investitionen	-3,0	1,6	2,1	1,2
<b>Beiträge zum Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen</b>	in Prozentpunkten			
Ausrüstungsinvestitionen	-1,5	-0,1	0,4	0,3
Wohnbauinvestitionen	-1,7	0,6	0,5	0,2
Tiefbau- und andere Investitionen	-0,1	0,4	0,2	0,1
Investitionen in Forschung und Entwicklung	0,6	0,5	0,8	0,6
<b>Beiträge zum Wachstum des realen BIP</b>	in Prozentpunkten			
Bruttoanlageinvestitionen, insgesamt	-0,7	0,3	0,5	0,3
Lagerveränderungen	0,2	0,7	0,0	0,0
	in % des nominellen BIP			
Investitionsquote	24,4	24,3	24,2	24,1

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

Tabelle A7

## Arbeitsmarkt

	2024	2025	2026	2027
	Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Beschäftigung</b>				
Gesamtbeschäftigung (Personen)	0,1	0,5	1,0	0,6
Unselbstständig Beschäftigte (Personen)	0,2	0,5	1,0	0,7
davon: öffentlich Beschäftigte	0,8	0,4	0,4	0,4
Selbstständig Beschäftigte (Personen)	-0,5	0,3	0,5	0,2
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	-1,9	0,3	1,0	0,5
Unselbstständig Beschäftigte (Stunden)	-2,1	0,4	1,1	0,5
Selbstständig Beschäftigte (Stunden)	-0,9	-0,5	0,4	0,0
Arbeitskräfteangebot	0,2	0,5	0,8	0,5
Vorgemerkte Arbeitslose	10,1	5,8	-2,6	-0,9
<b>Arbeitslosenquote</b>	in % des Arbeitskräfteangebots			
gemäß Eurostat	5,2	5,3	5,1	5,0
gemäß AMS	7,0	7,4	7,1	6,9

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

Tabelle A8

## Arbeitnehmerentgelte

	2024	2025	2026	2027
<b>Bruttolohnsumme<sup>1</sup></b>	Veränderung zum Vorjahr in %			
Nominell	8,5	3,0	3,6	3,3
Konsumdeflator	2,9	1,8	2,2	2,1
Real	5,6	1,2	1,3	1,2
Kollektivvertragslöhne <sup>1</sup>	8,5	3,4	2,6	2,4
Lohndrift	-0,3	-0,9	0,0	0,2
<b>Arbeitnehmerentgelt pro beschäftigter Person</b>				
Brutto <sup>2</sup> , nominell	8,3	2,5	2,5	2,6
Brutto, real (Konsumdeflator)	5,3	0,6	0,3	0,5
Netto <sup>3</sup> , real (Konsumdeflator)	5,2	0,1	0,0	0,5
<b>Arbeitnehmerentgelt je Stunde</b>				
Brutto, nominell	10,8	2,6	2,5	2,7
Brutto, real (Konsumdeflator)	7,7	0,7	0,2	0,6
	in % des nominellen BIP			
Lohnquote	52,7	51,8	51,5	51,4

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

<sup>1</sup> Gesamtwirtschaft. <sup>2</sup> Inkl. Dienstgeberbeiträgen.

<sup>3</sup> Nach Abzug von Steuern und SV-Beiträgen.

Tabelle A9

## Preise

	2024	2025	2026	2027
<b>HVPI und Komponenten</b>	Veränderung zum Vorjahr in %			
Gesamtindex	2,9	2,4	2,2	2,0
Nahrungsmittel	2,9	2,3	2,1	2,1
Unverarbeitete Nahrungsmittel	0,7	1,9	x	x
Verarbeitete Nahrungsmittel	3,3	2,4	x	x
Industriegüter ohne Energie	1,0	0,8	x	x
Energie	-5,6	-0,3	-1,5	2,2
Elektrizität	1,8	20,6	-8,1	-3,6
Gas	-16,2	-8,1	-5,7	-12,2
Flüssige Brennstoffe	-2,8	-7,6	-3,0	-1,2
Dienstleistungen	5,7	3,7	3,0	2,4
HVPI ohne Energie	3,7	2,6	2,5	2,0
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	3,9	2,7	2,6	2,0
<b>Deflatoren der VGR</b>				
Deflator des privaten Konsums	2,9	1,8	2,2	2,1
Investitionsdeflator	2,9	2,5	2,0	1,9
Importdeflator	-1,6	2,1	2,1	2,1
Exportdeflator	1,9	3,1	2,7	2,3
Terms-of-Trade	3,6	1,0	0,6	0,1
BIP-Deflator zu Faktorkosten	3,0	3,3	2,6	2,1

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2024.

## Aufteilung der Prognoserevisionen seit Juni 2024

	BIP			HVPI		
	2024	2025	2026	2024	2025	2026
	Veränderung zum Vorjahr in %, Prozentpunkte					
Prognose vom Dezember 2024	-0,9	0,8	1,6	2,9	2,4	2,2
Prognose vom Juni 2024	0,3	1,8	1,5	3,4	2,7	2,5
Differenz	-1,2	-1,0	0,1	-0,5	-0,3	-0,3
<b>Verursacht durch:</b>	in Prozentpunkten					
Externe Annahmen	0,0	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0
Neue Daten <sup>1</sup>	-1,2	-0,4	0,0	-0,6	-0,1	0,0
davon: Revision historischer Daten bis Q1 24	-0,9	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Prognosefehler für Q2 24 und Q3 24	-0,3	-0,3	0,0	-0,6	0,0	0,0
Sonstiges <sup>2</sup>	0,0	-0,4	0,2	0,1	-0,2	-0,3

Quelle: OeNB-Prognosen vom Dezember 2024 und Juni 2024. Aufgrund von Rundungsdifferenzen können die Differenz und die Summe der Wachstumsbeiträge aus den einzelnen Revisionen von der Gesamtrevision abweichen.

<sup>1</sup> „Neue Daten“ bezieht sich auf gegenüber der letzten Prognose neu vorliegende Daten für das BIP-Wachstum bzw. die Inflation.

<sup>2</sup> Unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung heimischer Variablen wie Löhne, öffentlicher Konsum, Effekte steuerlicher Maßnahmen, sonstige Änderungen der Einschätzung, Modelländerungen.

## Vergleich der aktuellen Wirtschaftsprognosen für Österreich

	OeNB				WIFO		IHS		OECD			IWF		EU-Kommission		
	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2026	2024	2025	2024	2025	2026
	Veränderung zum Vorjahr in %															
<b>Hauptergebnisse</b>	in % des Arbeitskräfteangebots															
BIP (real)	-0,9	0,8	1,6	1,3	-0,6	1,0	-0,6	0,8	-0,5	0,9	1,4	-0,6	1,1	-0,6	1,0	1,4
Privater Konsum (real)	-0,3	0,7	1,6	1,4	0,1	1,2	0,4	1,3	0,0	1,1	1,8	x	x	0,1	1,0	1,2
Öffentlicher Konsum (real)	0,7	1,1	1,2	0,7	0,3	0,8	0,5	0,3	2,2	1,6	1,0	x	x	0,4	0,5	0,2
Bruttoanlageinvestitionen (real)	-2,8	1,5	1,9	1,1	-2,8	0,2	-2,9	0,0	-2,4	0,2	0,9	x	x	-3,2	1,2	2,1
Exporte (real)	-3,9	1,3	2,5	2,4	-2,3	2,4	-3,4	2,2	-2,7	2,3	2,7	-1,0	3,4	-2,0	2,2	2,7
Importe (real)	-3,0	2,3	2,6	2,2	-1,9	2,2	-3,6	2,4	-2,2	2,6	2,8	-0,6	3,6	-2,4	2,2	2,3
Arbeitsproduktivität <sup>1</sup>	-1,0	0,3	0,7	0,7	0,3	0,6	-0,8	0,3	-0,6	0,9	1,3	x	x	-0,8	0,4	0,8
BIP-Deflator	3,1	3,9	2,5	2,1	4,3	2,1	4,0	2,4	2,9	1,9	1,5	3,3	2,5	4,2	2,3	1,9
VPI	x	x	x	x	3,1	2,2	3,0	2,4	x	x	x	x	x	x	x	x
HVPI	2,9	2,4	2,2	2,0	3,1	2,2	3,0	2,4	2,9	2,0	2,0	3,0	2,5	2,9	2,1	1,7
Lohnstückkosten	8,9	2,2	1,8	1,8	8,6	3,1	8,8	3,5	8,4	2,9	1,1	x	x	8,2	2,7	2,0
Beschäftigte <sup>2</sup>	0,1	0,5	1,0	0,6	0,2	0,7	0,2	0,5	0,2	0,0	0,2	-0,2	0,3	0,2	0,5	0,6
	in % des nominellen BIP															
Arbeitslosenquote <sup>3</sup> gem. Eurostat	5,2	5,3	5,1	5,0	5,2	5,3	5,1	5,1	5,1	5,3	5,2	5,6	5,6	5,3	5,3	5,0
Leistungsbilanz	1,9	2,0	2,3	2,5	1,6	1,7	x	x	3,2	2,4	2,0	2,6	2,4	1,7	1,5	1,5
Budgetsaldo (Maastricht)	-3,7	-4,1	-3,6	-3,6	-3,7	-4,0	-3,5	-3,4	-3,3	-3,2	-2,4	-3,4	-3,3	-3,6	-3,7	-3,5
<b>Prognoseannahmen</b>																
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	81,8	71,8	70,1	69,2	80,0	72,0	80,6	72,5	80,8	75,0	75,0	81,3	72,8	80,7	73,1	71,5
Kurzfristiger Zinssatz in %	3,6	2,1	2,0	2,2	3,6	2,9	3,6	2,5	3,6	2,4	2,0	3,5	2,8	3,5	2,1	2,0
USD/EUR-Wechselkurs	1,08	1,06	1,06	1,06	1,11	1,11	1,09	1,10	1,09	1,12	1,12	1,09	1,10	1,09	1,1	1,1
BIP real, Euroraum	0,7	1,1	1,4	1,3	0,8	1,4	0,7	1,3	0,8	1,3	1,5	0,8	1,2	0,8	1,3	1,6
BIP real, USA	2,8	2,2	1,8	1,8	2,5	1,8	2,6	1,7	2,8	2,3	2,0	2,8	2,2	2,7	2,1	2,2
BIP real, Welt	3,1	3,2	3,1	3,0	x	x	3,0	3,1	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,2	3,3	3,3
Welthandel <sup>3</sup>	3,0	3,3	3,3	3,2	x	x	1,3	2,5	3,6	3,5	3,5	3,1	3,4	2,9	3,1	3,3

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, Europäische Kommission. Anmerkung: x = keine Daten vorhanden.

<sup>1</sup> OeNB, WIFO: BIP je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: BIP je beschäftigter Person.

<sup>2</sup> WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.

<sup>3</sup> IHS: Waren laut CPB.

## Quartalsverlauf der Prognoseergebnisse

	2024	2025	2026	2027	2024				2025				2026				2027			
					Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
<b>Preise, Löhne, Kosten</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>																			
HVPI	2,9	2,4	2,2	2,0	4,1	3,3	2,4	1,9	2,6	2,3	2,4	2,4	2,1	2,4	2,3	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0
HVPI ohne Energie	3,7	2,6	2,5	2,0	4,9	3,8	3,2	3,1	2,8	2,6	2,6	2,4	2,8	2,8	2,5	1,9	1,8	2,0	2,1	2,2
Deflator des privaten Konsums	2,9	1,8	2,2	2,1	4,2	4,1	1,9	1,3	1,5	1,3	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,0
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	2,9	2,5	2,0	1,9	3,3	2,7	2,8	2,9	2,6	2,7	2,6	2,3	2,2	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
BIP-Deflator	3,1	3,9	2,5	2,1	2,8	3,1	2,4	4,1	4,2	3,9	4,6	2,8	2,7	2,5	2,5	2,4	2,3	2,2	2,0	1,9
Lohnstückkosten	9,4	2,2	1,8	1,8	10,3	9,9	9,3	8,2	5,0	2,9	1,0	0,1	1,2	1,8	2,2	2,2	1,8	1,8	1,8	2,0
Löhne pro beschäftigter Person, nominell	8,3	2,5	2,5	2,6	8,4	8,4	8,3	8,1	4,7	3,1	1,7	0,6	1,9	2,5	2,8	2,8	2,5	2,5	2,6	2,8
Produktivität	-1,0	0,3	0,7	0,7	-1,7	-1,4	-1,0	0,0	-0,3	0,2	0,7	0,6	0,7	0,7	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,7
Löhne pro beschäftigter Person, real	5,3	0,6	0,3	0,5	4,1	4,1	6,2	6,7	3,1	1,8	-0,6	-1,6	-0,3	0,3	0,6	0,6	0,3	0,4	0,6	0,7
Importdeflator	-1,6	2,1	2,1	2,1	-4,6	-1,5	0,1	-0,3	2,2	1,8	2,2	2,3	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Exportdeflator	1,9	3,1	2,7	2,3	0,9	2,1	2,3	2,4	2,7	2,9	3,5	3,5	3,1	2,8	2,5	2,4	2,3	2,2	2,2	2,2
Terms-of-Trade	3,6	1,0	0,6	0,1	5,8	3,6	2,2	2,8	0,5	1,0	1,3	1,2	0,8	0,6	0,5	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1
<b>Wirtschaftliche Aktivität</b>	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>																			
BIP	-0,9	0,8	1,6	1,3	0,2	-0,2	-0,1	0,1	0,2	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Privater Konsum	-0,3	0,7	1,6	1,4	0,8	-0,8	-0,2	0,2	0,2	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Öffentlicher Konsum	0,7	1,1	1,2	0,7	1,2	0,1	0,6	-1,3	0,9	0,7	0,5	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-2,8	1,5	1,9	1,1	-1,5	-0,3	0,4	0,2	0,4	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Exporte	-3,9	1,3	2,5	2,4	-0,4	-1,5	-0,6	0,4	0,6	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Importe	-3,0	2,3	2,6	2,2	0,9	-0,5	1,1	0,1	0,8	0,7	0,6	0,7	0,7	0,6	0,6	0,5	0,6	0,5	0,4	0,5
	<i>Beiträge zum Wachstum des realen BIP in Prozentpunkten</i>																			
Inlandsnachfrage	-0,2	0,6	1,0	0,7	0,2	-0,3	0,1	-0,1	0,2	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Nettoexporte	-1,1	0,3	0,6	0,6	-0,3	-0,5	-0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
Lagerveränderungen	0,3	-0,1	0,0	0,0	0,2	0,5	0,0	0,0	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Arbeitsmarkt</b>	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>																			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,2	5,3	5,1	5,0	4,8	5,4	5,3	5,3	5,4	5,3	5,3	5,2	5,2	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
	<i>Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>																			
Gesamtbeschäftigung	0,1	0,5	1,0	0,6	0,0	0,0	0,2	-0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
davon: Privater Sektor	0,0	0,5	1,1	0,6	-0,1	0,0	0,2	-0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
Unselbstständig Beschäftigte	0,2	0,5	1,0	0,7	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
<b>Zusätzliche Variablen</b>	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>																			
Verfügbares Haushaltseinkommen	3,1	0,5	1,0	1,1	2,5	1,2	1,5	1,3	-1,2	-0,4	-0,2	0,2	0,6	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4	0,5
	<i>in % des realen BIP</i>																			
Output-Gap	-0,6	-0,7	0,0	0,3	-0,1	-0,5	-0,9	-0,9	-1,0	-0,8	-0,5	-0,3	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,2	0,3	0,4	0,4

Quelle: Statistik Austria und OeNB-Prognose vom Juni 2024. Quartalswerte saison- und arbeitstägig bereinigt.

© Oesterreichische Nationalbank, 2024. Alle Rechte vorbehalten.

Adresse: Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien

Postfach 61, 1011 Wien

Website: [www.oenb.at](http://www.oenb.at)

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Die in dieser Studie zum Ausdruck gebrachte Meinung gibt nicht notwendigerweise die Meinung der Oesterreichischen Nationalbank oder des Eurosystems wieder.

Die Autor:innen der OeNB verwenden grundsätzlich inklusive Sprache. Bei etablierten Fachwörtern und Wendungen, die (auch) juristische Personen bezeichnen, kann es jedoch fallweise vorkommen, dass aus Gründen der Klarheit und Lesbarkeit darauf verzichtet wird.

Datenschutzinformationen: [www.oenb.at/datenschutz](http://www.oenb.at/datenschutz)

ISSN 2960-5075 (online)